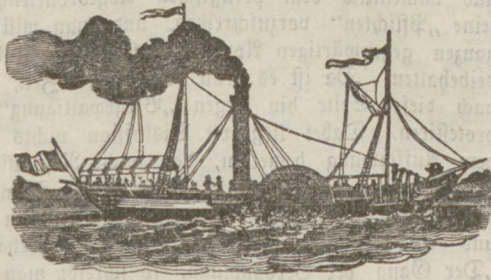


Danziger Dampfboot.

№ 232.

Mittwoch, den 4. October.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen wir uns außerhalb an: In Berlin: Kretzschmar's Centr.-Ztg. u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Illgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau. In Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Dienstag 3. October.

Vier eingetroffene Stockholmer Blätter melden den Abschluß der schwedischen Staatsanleihe im Betrage von 25 Millionen Thalern schwedischer Reichsmünze durch den preussischen Generalkonful Heinemann, als Agenten des Bankhauses Raphael Erlanger und mehrerer deutscher Bankgesellschaften.

Kopenhagen, Dienstag 3. October.

Bei der heute im Landsting stattgehabten dritten Behandlung des Verfassungsentwurfes wurde der Entwurf der Regierung mit zwei unwesentlichen Amendements mit 51 gegen 4 Stimmen (Andrae, Helzen, Ussing, Nielsen) angenommen.

Kassel, Dienstag 3. October.

In der heutigen ersten Sitzung der Stände erstattete der bleibende landständische Ausschuß Bericht über die während der Vertagung verlossene Zeit, welcher konstatiert, daß das Ministerium des Innern seit dem 28. September ganz ohne Vorstand ist. Der Verfassungsausschuß wurde beauftragt, über die Mittel zur Beseitigung dieses verfassungswidrigen Zustandes sofort in Berathung zu treten.

Wien, Montag 2. October.

Baron v. Wüllersdorf-Urbair ist zum Minister für Handel und Volkswirtschaft ernannt worden.

Florenz, Dienstag 3. October.

Die „Stalle“ bestätigt die Nachricht, daß die französische Regierung dem diesseitigen Kabinette die amtliche Anzeige gemacht habe, daß die Räumung Rom's ohne Verzug beginnen werde. Vicomte Treilhard hat Lamarmora von einem zwischen der französischen und päpstlichen Regierung getroffenen Abkommen informirt, wonach die französischen Truppen den päpstlichen die Bewachung der Grenze überlassen und sich in Rom, Viterbo und Civitavecchia concentriren sollen.

Paris, Dienstag 3. October.

Der „Moniteur“ meldet: Der Bey von Tunis hat auf die Reklamationen der französischen Regierung für die gegen mehrere französische Korallenfischer und in Tunis ansässige Bewohner von Algerien verübten Gewaltthatigkeiten Genugthuung gegeben.

Lissabon, Montag 2. October.

Heute ist der König von hier abgereist.

London, Dienstag 3. October.

Der Dampfer „City of Dublin“ ist mit Nachrichten aus New-York vom 21. v. Mts. Mittags in Cork eingetroffen. Die republikanische New-Yorker Staatenkonvention faßte Beschlüsse zu Gunsten der Rekonstruktionspolitik Johnson's und versprach ihm herzliche Unterstützung. James Wells ist zum provisorischen Gouverneur für Louisiana ernannt worden. Eine Konvention in Alabama forderte den Gouverneur Lewis E. Parsons auf, zur Unterdrückung der dortigen Unruhen Milizen aufzubieten.

Die Sonntags-Heiligung und die „Entfittlichung“ des ländlichen Gesindes.

Die „Ostsee-Ztg.“ theilte vor einiger Zeit einen von etwa 60 Gutsbesitzern der Provinz Brandenburg unterzeichneten Aufruf zur Sonntags-Heiligung mit. In Bezug hierauf erhält dieselbe jetzt von einem Gutsbesitzer der Provinz Pommern, Amtsrath Bielde in Wildenbruch, eine Zuschrift, in welcher zunächst zugestanden wird, daß „durch die richtige Feier der gebotenen Ruhetage sich der Geist der Liebe zu Gott, zum Gesez, und zu den Nebenmenschen ausspreche“.

Dann aber weist der Herr Verfasser darauf hin, daß ja die wenigsten Menschen, welche an den Sonntagen vollständig freie Zeit haben, diese dazu benutzen, um in der Kirche das zu suchen und zu finden, was sie im Drange der Geschäfte oder in den Wirren und Vergnügungen des alltäglichen Lebens in der Woche nicht finden. Was speciell das ländliche Gesinde und die Tagelöhner betrifft, so gehöre es zu den seltensten Fällen, daß ihre Kräfte, selbst in der Erntezeit auch des Sonntags in Anspruch genommen werden, und wo es dennoch geschehe, trage nicht Mangel an religiösem Sinn, sondern Mangel an Menschenkräften die Schuld. Dennoch finde man das ganze Jahr hindurch des Sonntags fast keinen Knecht und keinen Tagelöhner in der Kirche, denn der eigene Antrieh hiezu fehle ihnen; und bevor dieser nicht in den unteren Classen des Volkes (nur von diesem sei in dem erwähnten Aufruf die Rede) geweckt sei, bleibe jede Bemühung der Arbeitgeber, Opfer für die Heiligung der Sonn- und Festtage zu bringen, ein fruchtloses Mittel. Der Herr Verfasser fährt dann fort:

Der Grund der Entfittlichung des ländlichen Gesindes und der Tagelöhner, ja der ganzen ländlichen Bevölkerung liegt tiefer, und wer fünfzig Jahre seines Lebens der Landwirthschaft gewidmet, dem liegt der Verlauf deutlich vor Augen. Vor einigen fünfzig Jahren hat sich der Stand des ländlichen Gesindes und der Tagelöhner erst durch die Separation der Grundstücke gebildet, und hat durch die Cultur des Bodens eine solche Ausdehnung erhalten, daß heut zu Tage jeder Bauer der Tagelöhner bedarf, während derselbe früher in eigener Person mit seinem Gesinde die herrschaftlichen Aecker bestellen und abernten mußte. Arm wie Hiob beim Beginn der bezeichneten Periode, fristeten die Tagelöhner — fast sämmtlich junge aber verheirathete Leute, ohne Kinder und ohne Ansprüche an das Leben — ihr Dasein kümmerlich, aber ehrlich; bedeckten spärlich ihre Blöße, sättigten sich mit Kartoffeln, gingen aber heiter und zufrieden ins Gotteshaus. Raff- und Leseholz war überall in Menge vorhanden, und die, welche sich weiter erstreckten, stahlen nicht Holz, sondern sie defraudirten. Es galt dies ja durchaus nicht für Diebstahl (obgleich es in Wirklichkeit nichts anderes war), und brachte daher keine Schande. Den Tagelöhnern wurden eigene Häuser erbaut, und Viehställe dabei, damit sie sich, wo ihnen keine Kuh von der Herrschaft gehalten wurde, eine Ziege, ein Schwein und eine Gans durchzufüttern vermochten, zu ihrem häuslichen Bedarf. Was den Leuten für dies Vieh an Futter mangelte, wurde von der Gutsheerrschaft ihnen gewährt, und die Einstreu wurde aus den Haiben geholt. Im Laufe der Zeit fanden die Tagelöhner und überhaupt die Bewohner des platten Landes, daß Viehzucht einen lucrativen Gewinn bringt und das was ihnen an Futter mangelte, der liebe Gott auf allen Feldern und in den Wiesen wachsen läßt. Um den Ackerbau zu schützen, wurde im Jahre 1847 eine Feldpolizei-Ordnung durch die Gesezsammlung endlich publizirt. War früher bei Forstdiebstählen aus cosmopolitischen (?) Rücksichten der Ausdruck „Defraudation“ gebraucht, so heißt es in dieser Feldpolizei-Ordnung: „Entwenden“, wenn die Leute die Erzeugnisse der Wiesen und Felder mit der Zeit nach Hause tragen, und mit ihrem Vieh verfüttern, was sie in Menge halten, um damit Handel zu treiben. Bei der letzten statistischen Aufnahme fanden sich unter Andern 173 Ziegen in meinem Orte mehr vor als bei der vorletzten. Nicht bloß die Tagelöhner, sondern auch selbst die Handwerker, sind zu

der Ueberzeugung gelangt: „Bieh müssen wir halten, und daher nehmen wir das Futter und die Einstreu, wo wir es finden.“ Vorzugsweise werden nun die Kinder angehalten, diese Bedürfnisse zu beschaffen, und gelingt es diesen bei Tage nicht die nöthige Menge heranzutragen, dann holt Papa des Nachts das Fehlende. Stükt es dem Feldhüter oder anderen Wächtern einen Dieb zu erhaschen und zur Bestrafung zu ziehen, dann wird vom Richter stets das in der Feldpolizei-Ordnung geringste Strafmaß in Anwendung gebracht. Hierdurch ist eine Demoralisation in der ländlichen Bevölkerung erzeugt, die jährlich mehr und mehr um sich greift, und deren Ende nicht abzusehen ist, wenn dem Unwesen nicht mit Strenge und Energie ein Damm entgegengesetzt wird. Zu den geschilderten unerträglichen Zuständen auf dem Lande kommt vorzugsweise noch der: daß in unserem Staate bis heute noch keine geordnete Kreis-Verfassung und keine Spur einer Gemeinde-Ordnung ins Leben getreten ist, die unter jeder Bedingung einen andern durchgreifenden Geist hervorzurufen berufen sind. Ist es den Herren Unterzeichnern des Aufrufes, die fast durchgängig den höheren Ständen des Staates angehören, ein wahrer Ernst um die Erhebung der niederen Volksklassen auf dem Lande: dann ergeht die dringende Bitte an sie, mit allen Mitteln dahin zu streben: 1) daß endlich eine Kreis- und Gemeinde-Verfassung erstehe; 2) daß den Kindern in den Dorfschulen nicht bloß Bibelsprüche eingepreßt werden, sondern auch die Gesinde-Ordnung und die Hauptsätze der Feldpolizei-Ordnung, da erst der Mensch erstehen muß, bevor er Christ wird; 3) daß die Herren Einzelrichter mit allem Ernst gegen Diebstähle von Feldbrüchten (klein oder groß, sie demoralisiren das Volk, vorzugsweise die Kinder) einschreiten, und von dem Verfahren absehen, einen Tag Gefängnißstrafe für 1 Thlr. Geldstrafe zu substituiren, bei Leuten, deren Verdienst für den Tag sich auf 10 bis 15 Sgr. beläuft.“

Die vorstehenden Ausführungen enthalten gewiß viel Beherzigenswerthes, obwohl es uns scheint, daß dem demoralisirenden Einflusse des Feld-Diebstahls denn doch allzuviel Gewicht beigelegt wird. Jedenfalls sind die beiden letzten der angegebenen Mittel zur Hebung der niederen Volksklassen auf dem Lande viel zu sehr bloß äußerlicher Natur, als daß wir ihnen eine sonderliche Wirkung zuschreiben könnten, wo es sich um Bekämpfung von moralischen Uebständen handelt, welche der Herr Verfasser selbst sehr richtig auf wirthschaftliche Zustände zurückführt. Diese letzteren müssen gebessert werden, wenn eine wirkliche moralische Besserung erzielt werden soll. Nun läßt sich selten zur Besserung der wirthschaftlichen Zustände ganzer Volksklassen ein bestimmtes einzelnes Mittel angeben; dennoch glauben wir, daß es ein solches in den Händen der großen Grundbesitzer gegenüber den ländlichen Tagelöhnern gäbe: wir meinen die Beförderung der Erwerbung eines eigenen Grundbesitzes durch die Tagelöhner!

Berlin, 3. October.

— Der König hat während seiner Anwesenheit in Baden-Baden sich täglich in der Gesellschaft des Großherzogs befunden. Am Geburtstag der Königin wurde mit der großherzoglichen Familie eine Fahrt nach dem Berge Kaiserstuhl im Freiburger Kreise unternommen und in Achern gespeist.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht über Vermu-

thung, Graf Bismarck werde bei der französischen Regierung durch beruhigende Erklärungen die Eindrücke verwischen und zu mildern suchen, welche die Gasteiner Convention hervorgebracht hat, müssen wir als unbegründet und widersinnig bezeichnen. Wozu sollen Erklärungen eines Aktes dienen, der so, wie er ist, vor der Oeffentlichkeit steht, und was er ist, selbst besagt. Die Voraussetzung einer Störung des guten Einvernehmens zwischen Preußen und Frankreich ist gleichfalls vollkommen unbegründet. Vielmehr ist es Thatsache, daß das Einvernehmen zwischen beiden Staaten durch die Circularnote des Ministers Drouin de L'Huys nicht erschüttert ist — ein Beweis der Festigkeit dieses Einvernehmens. — Dieselbe Zeitung hört, der Lauf der Verhandlungen gegen den Redacteur May habe hinreichend bewiesen, daß über dessen Eigenschaft als Preuße kein Zweifel herrsche. May habe auch aus diesem Grunde die Competenz des Gerichts nicht bestritten und mit großer Vorlicht sein preußisches Indignat während seiner zehnjährigen Abwesenheit erneuert.

— Der telegraphisch erwähnte Artikel des „Journ. de St. Petersburg“, in welchem der Vorwurf des „Abend-Moniteur“ wegen der Schweigsamkeit Rußlands gegenüber der Gasteiner Uebereinkunft in ziemlich drastischer Weise zurückgewiesen wird, lautet:

Bei Erwähnung der theoretischen Proteste, welche die Cabinete von Paris und London gegen die Gasteiner Uebereinkunft erlassen haben, glaubt der „Abend-Moniteur“ auf die Enthaltung Rußlands von einem ähnlichen Schritte besonders hinweisen zu müssen. Er erblickt in dieser Enthaltung ein Aufgeben der Rolle, welche Rußland in der Angelegenheit der Herzogthümer gebührt. Dieses Urtheil über die Zurückhaltung der russischen Regierung wird auf Billigkeit kaum Anspruch machen können. Das Petersburger Cabinet hat seit Beginn des Konfliktes keinen Gehl aus seiner Meinung über die deutsch-dänische Frage gemacht. Es stellte sich auf den Boden der europäischen Verträge. Aber es glaubte sich durch seine Ehre gebunden, in Kopenhagen nicht unrealisirebare Illusionen zu nähren. Die russische Regierung liebt es nicht, Worte hinzuschleudern, denen die Thatsachen nicht entsprechen. Vor zwei Jahren trat der Fall ein, daß die direkten Interessen des Landes bedroht wurden; die russische Regierung zeigte sich nicht nur zum Reden, sondern auch zum Handeln bereit. Das wird sie jedesmal sein, wenn die Interessen Rußlands es ihr zu erfordern scheinen. Aber ein Urtheil über die Umstände, welche eine ähnliche Aktion erfordern können, und über die Grenzen, innerhalb welcher sie staußenden könnte, steht Niemandem zu, als der russischen Regierung.“

Die Erinnerung an die Thatkraft, welche Rußland bei Niederwerfung des polnischen Aufstandes bewährt habe, kann in Paris nur empfindlich berühren, und weist den Gedanken einer russisch-französisch-englischen Allianz in der Frage der Herzogthümer, welche sich etwa die diplomatische Intervention Frankreichs, Englands und Oesterreichs in der polnischen Sache zum Muster nehmen würde, in ziemlich drastischer Weise zurück.

— Mit großem Interesse werden die an den 36er Ausschuss gerichteten Absagebriefe der Abgeordneten Westens und Mommien gelesen. Beide Herren haben in der schleswig-holsteinischen Frage sich der Regierung weit mehr genähert als irgend einer ihrer Collegen; ihre Kundgebungen werden daher auch in der Regierungspresse mit großer Genugthuung veröffentlicht.

Hadersleben, 28. Sept. Aus Apenrade wurde gestern gemeldet, daß dort Zimmer für den Gouverneur v. Manteuffel bestellt waren. Er wird heute dort erwartet und man glaubt, daß er Hadersleben morgen besuchen wird. — Nach einer Meldung der „Nordschleswigske Tidende“ wird der Gouverneur v. Manteuffel demnächst eine Rundreise durch das nördliche Schleswig antreten. Derselbe beabsichtigt, sich persönlich von den Zuständen Nordschleswigs an Ort und Stelle Kenntniß zu verschaffen.

— Der Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. hat so ziemlich den vorauszu sehenden Verlauf genommen. Tonangebend waren die Wünsche des Ausschusses der schleswig-holsteinischen Vereine und die Ansichten der bairischen und württembergischen Mitglieder. Man machte jedoch den Herren v. Bennigsen und Metz das Zugeständniß, daß daneben auch der von ihnen in Berlin mit den Mitgliedern des schleswig-holsteinischen Ausschusses im Frühjahr zu Stande gebrachte Kompromiß ratifizirt wurde, ein Kompromiß, der durch die weitere Entwicklung der Dinge längst jede Bedeutung verloren hat. Die holsteinischen Blätter haben sich niemals die geringste Mühe gegeben, diesem Abkommen in der Bevölkerung Eingang zu verschaffen, und sie werden sich auch jetzt ausschließlich an die in Frankfurt beschlossenen

Proteste zc. und namentlich an die leere Vorspiegelung halten, als habe dort das „deutsche Volk“ gesprochen, während notorisch nur eine geringe Minorität derselben vertreten gewesen ist. Man hätte unter den obwaltenden Umständen wenigstens erwarten dürfen, daß die Versammlung den Namen eines „deutschen Abgeordnetentages“ abstreifen und unter irgend einer andern Bezeichnung forttragen würde. Sie hat selbst konstatiert, wie ihre Reihen seit dem Dezember 1863 sich gelichtet haben, so daß ihr Charakter sich damit völlig geändert hat. Aber diese zusammengeschnitzene Versammlung fährt fort, dem deutschen Volke und namentlich dem preußischen Abgeordnetenhaus seine „Pflichten“ vorzuschreiben, und man will den ganzen gegenwärtigen Apparat auch für die Zukunft beibehalten. Da ist es denn doch an der Zeit, auch nach dieser Seite hin gegen „Bergewaltigung“ zu protestiren. Dabei ließ die Diskussion nichts von dem Aufschwung bemerken, der solche Resolutionen allein tragen könnte. Wir lassen unter Frankfurt einen kurzen vorläufigen Bericht folgen, indem wir uns eine ausführlichere Mittheilung vorbehalten. „Der Gang der Verhandlung, so schreibt man aus Frankfurt, war im Ganzen schleppend und wenig angeregt; namentlich erregte es einige Verwunderung, daß von sämmtlichen schleswig-holsteinischen Ständemitgliedern nur zwei (Vockelmann und Hansen-Grumby) das Wort ergriffen.“

Aachen, 29. Sept. Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: Unter unseren Tuchfabrikanten und Spinnern, noch mehr aber unter den betreffenden Arbeitern herrscht seit einigen Tagen keine kleine Aufregung, und zwar veranlaßt durch eine Verfügung der hiesigen königlichen Regierung, welche die Grenzsperr für Wollen aller Art ohne Ausnahme anordnet. Hier sowohl als in dem benachbarten Bartscheid, in Montjoie und in Düren hat die Fabrikation von Colonialwolle in den letzten Jahren so außerordentlich zugenommen, daß wenigstens zwei Drittel der gesammten im Regierungsbezirk Aachen zur Verarbeitung kommenden Wollen überseeischen Ursprungs sind. Tagtäglich treffen hier Hunderte von Ballen aus den Stapelplätzen dieser Wollen in England, Frankreich und Belgien ein, um in unserer Gegend verarbeitet zu werden, und Tausende von Arbeitern finden dabei ihre lohnende Beschäftigung. Wird das Verbot der Einfuhr dieser Wollen nur vierzehn Tage aufrecht erhalten, so muß nothwendig die Schließung einer Menge von Fabriken erfolgen und Tausende von Arbeitern werden damit, jetzt wo der Winter naht, brodlos. Die unsere Haupt-Industrie so schwer bedrohende Verfügung der königl. Regierung ist mit Rücksicht auf die in England herrschende Minderpest erlassen worden und sie stützt sich auf das Reglement vom Jahre 1836, worin unter anderen gefagt wird, daß auch unbearbeitete Wolle zurückzuweisen, wenn Gründe zu der Annahme vorhanden, daß solche aus inficirten Orten stamme.

Wien, 28. Sept. Wiener Correspondenten auswärtiger Blätter wissen von einer Quadrupel-Allianz zu erzählen, welche in Biarritz zwischen Frankreich, Spanien, Italien und Portugal abgeschlossen worden sein soll. Die Nachricht war ursprünglich in einer Pariser Correspondenz des „Nord“ zu lesen, und wurde einem hiesigen Blatte von Brüssel aus telegraphirt; hiesige Correspondenten benutzten sie und schickten sie von hier aus als Neuigkeit wieder in die Welt. Irgend welchen Stauben verdient sie nicht, und das Ganze reducirt sich darauf, daß der Kaiser Napoleon in S. Sebastian der Königin Isabella versprochen hat, den Papst zu schützen. In Biarritz ist weder ein Vertrag abgeschlossen, noch eine Additionacte zur Septemberconvention vereinbart worden. — Was unsere künftige Stellung zu den Westmächten und namentlich zu Frankreich betrifft, so giebt es Leute, welche eine Annäherung an letzteres vorhersagen wollen, eine Prophezeiung, welche jeden tatsächlichen Anhaltspunkte entbehrt. Es dürfte vielmehr das Gegentheil eintreten, da die Hochtores, welche vermahlen die Geschicke Oesterreichs leiten, weder von dem gegenwärtigen Frankreich, noch von Italien, dieser „fluchwürdigen Schöpfung der Revolution“, etwas wissen wollen. — Der Rücktritt des Grafen Mensdorff wird ungeachtet aller das Gegentheil meldenden officiösen Versicherungen als nahe bevorstehend angesehen.

— Die Abberufung Bach's aus Rom nimmt das hauptsächlichste Interesse der österreichischen Presse in Anspruch. Man wird kaum irre gehen, sagt die „N. Fr. Pr.“, wenn man annimmt, daß Herr v. Bach durch magyarische Einflüsse veranlaßt wurde, den Botschafterposten in Rom niederzulegen. Als Symptom einer Aenderung der von Oesterreich in

Rom bisher verfolgten Politik wird der nun in der Besetzung des dortigen Botschafterpostens eintretende Personenwechsel kaum zu betrachten sein. Aber derselbe wird deshalb in Frankreich und Italien nicht geringeres Aufsehen erregen, denn Herr v. Bach galt als die Personifizirung des entschiedenen Widerstandes gegen jede Versöhnung zwischen Rom und Italien, wie denn auch von französischen und italienischen Blättern das Scheitern der Mission Begezzi hauptsächlich Bach'schen Einflüssen zugeschrieben wurde. Es ist übrigens kein Zweifel, daß die römische Frage demnächst wieder stark in den Vordergrund treten werde. Die Erklärung des „Abend-Moniteur“, daß die Räumung Roms innerhalb der durch den Sept.-Vertrag festgesetzten Frist stattfinden solle, sobald Frankreich den Moment für gekommen erachten wird, deutet wohl an, daß die Unterhandlungen über einen römisch-italienischen Ausgleich wieder im vollen Zuge sind. Wenn also die Neubesetzung des österreichischen Botschafterpostens in Rom keinen Wechsel der österreichischen Politik bedeutet, so wird ein solcher Wechsel vielleicht bald durch die in Rom eintretenden tatsächlichen Verhältnisse erzwungen werden. — Ueber den Nachfolger Bachs gehen die Vermuthungen einigermassen auseinander, am Meisten Aussicht hat Baron Hübner. Derselbe wird als solcher von der „Presse“ genannt. Dieses Blatt sagt über ihn: „Vergleichen wir den politischen Klang der Namen: Hübner und Bach, so bedeutet wohl die Reaktivirung des ersten: die Möglichkeit der Anbahnung eines intimeren Verhältnisses zum Westen Europas, namentlich zu Frankreich, als es bis jetzt zu walten schien. Herr v. Hübner galt wenigstens stets für den Vertreter dieses Gedankens. Freiherr v. Bach soll gesonnen sein, in das Privatleben zurückzutreten und in Wien zu verbleiben.“

Paris, 30. Sept. Man sieht der Ankunft des Preussischen Minister-Präsidenten in Paris für morgen entgegen. Graf Bismarck will einige Tage hier verweilen, ehe er nach Biarritz geht: da der Kaiser aber bis zum 10. October in dem genannten Seebade bleibt, so wird also der Preussische Minister mit dem Französischen Staats-Oberhaupt sich begnügen. Man knüpft an dieses Zusammentreffen allerlei Vermuthungen und Voraussetzungen, die aber allem Anscheine nach jedes Grundes entbehren. Graf Bismarck darf auf einen sehr freundlichen Empfang zählen, denn die Stimmung für Preußen ist eine gute und Herr v. Bismarck war von jeher eine Persona grata beim Kaiser. In Wien scheint man durch den hier in allen diplomatischen Kreisen herrschenden Glauben an einen zu erwartenden Verkauf von Holstein nicht wenig verletzt zu sein, und das „Memorial Diplomatique“ muß mit ihm ungewohnter Energie die Enthüllung des „Journal des Debats“ rügen strafen.

London, 30. Sept. Heute wurden die gefangenen Fenier in Dublin, deren Zahl auf 41 gestiegen ist, vor Gericht gestellt. In den Provinzen mehren sich die Verhaftungen; aus Kilkarnah berichtet man von 5, aus Thomastown von 2, aus Clare von 3 neuen Arretirungen. Queenstown hat eine große Aufregung erlebt. Von der See her erschollen Kanonenschüsse, und da das Feuer ununterbrochen über eine Stunde anhielt, so verbreitete sich das Gerücht, eine feenische Armada sei, von Amerika ankommend, mit der gegenwärtig die Küste vermessenden Kanalslotte ins Gefecht gerathen. Die Bestürzung und die Furcht der Bürger legte sich erst, als bekannt wurde, daß einige Kanonenboote Schießübungen anstellten. In dem Hafen von Queenstown ankert jetzt übrigens ein achtunggebietendes Geschwader: die Fregatte „Liverpool“ mit 39 Geschützen, das Panzerschiff „Prince Consort“ mit 35, der „Frederick William“ mit 74, das Flaggeschiff „Hastings“ mit 50 Geschützen und 4 Kanonenboote.

— Der Palmerston'sche „Advertiser“ demonstret heute in einem langen Leitartikel seinem hierpolitischen Leserpublikum, daß Herr v. Bismarck nichts als eine Creatur Napoleons sei. Ursprünglich von diesem in die Diplomatie eingeführt, dann als Gesandter in Paris in das „Handwerk“ eingeweiht, sei er endlich wieder nur durch den Einfluß des Kaisers zum preussischen Premier befördert worden. Und nicht nur sei er der Lehrling, Bewunderer und Nachahmer Napoleons III., sondern er habe sich ihm gewissermaßen mit Haut und Haar verschrieben. Es bestehe ein geheimer Pact zwischen beiden. Natürlich werde Napoleon sich nicht pressen lassen, und wenn er dereinst den Grafen Bismarck holt, werde er zugleich Deutschland ein Stück Fleisch aus dem Leibe reißen.

Vocales und Provinzielles.

Danzig, den 4. Oktober.

[Stadtverordneten-Sitzung am 3. Octbr.]

Vorsitzender: Herr Rechtsanwalt Koepell; Magistrats-Commissarien: Herr Reg.-Rath Pfeiffer und Herr Stadtkämmerer Strauß. Anwesend: 40 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird, da sich kein Widerspruch erhebt, als angenommen erklärt. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Glaubitz, Güttnert und Helm ernannt. Vor Beginn der Tagesordnung wird von Herrn Reg.-Rath Pfeiffer ein Dringlichkeitsantrag angemeldet, dahin gehend, die Versammlung wolle für die Herstellung vier neuer Kronleuchter im Stadt-Verordneten-Saale noch 40 Thlr. bewilligen. Es sind bereits für jeden der neu herzustellenden Kronleuchter 30 Thlr. festgesetzt und auch die Form derselben schon bestimmt. Herr Bronceur Herrmann, der die Herstellung übernommen, hat jetzt eine neue Form in Vorschlag gebracht und auch bereits einen Kronleuchter in derselben als Probe geliefert. Da der Kostenpreis eines jeden solchen Kronleuchters aber 10 Thlr. mehr betragen würde, so beantragt der Magistrat die Nachbewilligung von 40 Thlrn. Nachdem die Dringlichkeit des Antrags von der Versammlung anerkannt worden ist, bemerkt Herr Otto Steffens, daß es sich nicht um die genannte Summe handeln könne. Diese würde die Versammlung gewiß sehr gerne bewilligen, wenn sie eine zweckmäßige Verwendung für die Verschönerung des Saales fände. Die in Vorschlag gebrachte neue Form der Kronleuchter sei aber geschmacklos und müsse man deshalb aus ästhetischen Rücksichten gegen den Magistratsantrag stimmen. Herr Reg.-Rath Pfeiffer entgegnet, daß von Seiten des Magistrats dieselbe beliebt worden, weil sie mit der Architectonik des Saales, dem gothischen Styl desselben, im Einklang stehe und daß der Antrag nur aus ästhetischen Gründen gestellt worden. Nachdem noch Herr Piwko gegen den Antrag gesprochen, lehnt ihn die Versammlung ab. — Hierauf werden zwei Dringlichkeitsanträge von Hrn. Damm angeordnet: 1) den Magistrat zu ersuchen, schnelligst eine Reparatur der Normaluhr des Artushofes, die wieder in's Stehen gekommen, zu veranlassen; 2) in Zeiten, wo dieselbe stehe, ihr Zifferblatt verhängen zu lassen. Von einer Normaluhr, sagt der Herr Antragsteller, sei unter allen Umständen zu fordern, daß sie den Leuten richtig die Zeit zeige und nicht etwa zu dem Zweck da sei, um sie in derselben irre zu leiten. In ihrem stehenden Zustande habe sie einen Mann, der im Begriffe gestanden, mit der Post nach Stolp zu reisen, so getäuscht, daß er die Abfahrt derselben um zwei Stunden versäumt. Die Versammlung erkennt die Dringlichkeit der Anträge an, und, nachdem Herr S. C. Krüger für dieselben gesprochen, werden sie von derselben angenommen. Es beginnt die Tagesordnung. Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß die neue Revision des städtischen Leihamts eingegangen und zur Kenntnisaufnahme der Mitglieder im Secretariat ausgelegt werden soll. Die Revision giebt die Zahl der Pfänder auf 24,328 an, für welche eine Summe von 72,382 Thlrn. 17 Sgr. ausgeliehen worden. — Nachdem 56 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf. als Deichkastenbeiträge, 18 Thlr. 9 Pf. zum Schulbau in Weichselmünde u. s. w. bewilligt worden, wird zur Wahl von 6 neuen Stadträthen geschritten. Die Stadträthe, deren Wahl mit diesem Jahre zu Ende geht, sind die Herren Bloß, Hahn, Daniel Hirsch, Uphagen, Olschewski und Körner. Von den zur Wahl in Vorschlag gebrachten Herren erklärt Herr Pape in einem an den Herrn Vorsitzenden gerichteten Brief, daß er sich wegen Mangels an Zeit außer Stande sehe, eine etwa auf ihn fallende Wahl anzunehmen. Die Wahl wird durch Stimmzettel ausgeführt. Im ersten Wahlgange erhält Hr. Bloß von 40 Stimmen 35, Hr. Palleske 5; im zweiten Hr. Hahn von 40 St. 39, Hr. Palleske 1; im dritten Hr. Daniel Hirsch von 40 Stimmen 35, Herr Palleske 4, Hr. Pich 1; im vierten Hr. Uphagen von 40 St. 35, Hr. Palleske 5; im fünften Hr. Olschewski von 40 St. 35, Hr. Statmiller 1, Hr. Palleske 4; im sechsten Herr Körner von 40 St. 31, Hr. Palleske 8, Herr Berger 1. Es sind also die Herren Bloß, Hahn, Daniel Hirsch, Uphagen, Olschewski und Körner mit absoluter Majorität auf die Dauer von 6 Jahren wiedergewählt. — Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl von Schulvorstehern für die altstädtische evangelische Freischule. Für diese Wahl sind in Vorschlag gebracht

worden: 1) der Bezirksvorsteher Hr. B. N. am Ende, 2) der Rentier Hr. Radewald, 3) der Rentier Hr. Gronau sen. und 4) der Fleischerstr. Herr Anacker. — Herr Piwko theilt vor Beginn des Wahls mit, daß nach bestehenden Vorschriften sich in dem Schulvorstande ein Bezirksvorsteher befinden müsse. Deshalb sei Herr am Ende vorgeschlagen. Die Wahl aller dieser in Vorschlag gebrachten Herren erfolgt durch Acclamation. — Hierauf kommt eine, die Straßenbeleuchtung in den Vorstädten betreffende Magistratsvorlage zur Verhandlung. Der Vorlage gemäß sollen in den Vorstädten 187 Petroleumlaternen aufgestellt werden, nämlich in Lange fuhr 32 (statt der bisherigen 14), in Neufahrwasser 107 (statt der bisherigen 23), in Schidlitz, wo bisher gar keine war, 27; in St. Albrecht, wo bisher gleichfalls keine war, 12. Zu den Einrichtungskosten verlangt der Magistrat die Bewilligung der Summe von 1659 Thlrn. und als jährliche Unterhaltungskosten 1871 Thlr. Nachdem der Herr Vorsitzende die Discussion über diesen Gegenstand der Tagesordnung als eröffnet erklärt hat, macht Hr. Thiel die Bemerkung, daß Altschottland und Stadtgebiet in der Magistratsvorlage nicht erwähnt seien und Herr Kompeltien fragt, ob diese Vorstadt in der Finferniff bleiben solle. Herr Regierungsrath Pfeiffer bemerkt, daß diese Frage von Seiten des Magistrats noch nicht verhandelt worden sei. Herr Kompeltien entgegnet, daß eine Vorstadt von 1000 Einwohnern gewiß auch Anspruch auf Beleuchtung habe und dieselbe verlangen könne, worauf Reg.-Rath Pfeiffer entgegnet, daß der Magistrat dem Verlangen gewiß sehr gerne entgegen kommen werde, wenn die Versammlung einen, diese Angelegenheit betreffenden Antrag stelle. Herr Kompeltien beantragt demnach, die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, auch für die Beleuchtung in Altschottland und Stadtgebiet Sorge zu tragen zu wollen. Die Versammlung erklärt sich sowohl mit der Magistratsvorlage wie mit diesem Antrag des Herrn Kompeltien einverstanden. Die andern Gegenstände der Tagesordnung finden ohne Debatte ihre Erledigung.

— Das Finanz-Ministerium erläßt vom 26. Sept. c. folgende Bekanntmachung: „Durch die Bekanntmachung vom 28. Februar d. J. ist das durch die Bekanntmachung vom 12. Februar 1863 erlassene Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Kriegsmunition über die Grenze gegen Rußland und das Königreich Polen hinsichtlich des Bleies, Schwefels und Salpeters in Bezug auf die Grenze gegen Rußland aufgehoben worden. Diese Aufhebung des früheren Verbotes wird nunmehr, auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 13. d. Mts., auf die Grenze gegen das Königreich Polen ausgedehnt, dergestalt, daß künftig die Ausfuhr und Durchfuhr von Blei, Schwefel und Salpeter auch über die Grenze gegen das Königreich Polen gestattet ist. Soweit das durch die Bekanntmachung vom 12. Februar 1863 erlassene Verbot nicht durch die gegenwärtige Bekanntmachung und die Bekanntmachung vom 28. Febr. 1865 aufgehoben ist, bleibt es auch ferner in Kraft.“

— Der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossene neue Postvertrag tritt am 1./13. Jan. 1866 in das Leben. Hierdurch werden einfache Briefe zwischen dem russischen Postgebiet und den preussischen Provinzen Preußen, Pommern und Schlesien (im Gewicht bis 1 Loth preuß.) frankirt mit 2, unfrankirt mit 3 Sgr., ferner werden zwischen dem russischen Postgebiet und den übrigen preussischen Provinzen, sowie den Ländern des deutschen Postvereins bei Vermittelung durch preussische Posten einfache frankirte Briefe mit 4, einfache unfrankirte Briefe mit 6 Sgr. bezahlt.

— Eine der wichtigsten die Kompetenz der Polizeibehörden betreffenden Fragen ist vom Plenum des Obertribunals beantwortet worden, die Frage nämlich, ob die öffentliche Aufforderung zu Sammlungen ohne polizeiliche Genehmigung strafbar ist? Die Frage ist verneint worden. Das desfallige Präjudiz des Obertribunals lautet nach der „R. St. Z.“: Eine Polizei-Verordnung welche die Statthastigkeit einer öffentlichen Aufforderung zur Leistung freiwilliger, an einem dritten Orte einzuzahlender Beiträge von einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß abhängig macht und Zuwiderhandlungen mit einer Strafe bedroht, ist nicht verbindlich.

†† Zum Besten der Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten werden im Laufe des Winterhalbjahres die Herren Dr. Bail, Pastor Hevelke, Dr. Laubert, Dr. Löschin, Prediger Müller, Dr. Panten, Divis.-Prediger Steinwender u. Prediger Stosch Vorträge halten.

§§ In der Altstadt waren gestern Abend die Straßen ganz ungewöhnlich belebt, indem die einheimischen und fremden Schiffszimmergesellen der Klawitter'schen Werft in Veranlassung des Hochzeits-Vorabends von Fr. Ida Klawitter mit Hrn. Schiffs-Baumeister Masmann sich in zwei Aufzügen mit Musik und farbigen Lampions von ihren Herbergen nach der Brabant begaben. Unter anhaltender bengalischer Beleuchtung wurde dem Brautpaare eine Serenade gebracht, und Deputationen überreichten Myrthenkronen mit vielen Atlasbändern und poetischen Ansprachen.

†† Der Vorstand des Turn- und Fechts-Vereins fordert bei dem Beginn des Winter-Cursus zur Theilnahme an demselben auf und wendet sich dabei insbesondere an diejenigen Jünglinge, welche die Schule verlassen und einen Lebensberuf erwählt haben.

†† In der morgen stattfindenden Sitzung des Gewerbe-Vereins wird Hr. Jacobsen einen Vortrag über die Stettiner Industrie-Ausstellung halten.

§§ Gestern wurde der Bau der Pödenhauser Saaleuse, welcher mit 6000 Thlr. veranschlagt ist, gerichtet und dabei ein solenner Richtschmaus gehalten. Es wird wohl noch vor Eintritt des Winters Holz durchgeschleust werden können.

Marienwerder, 1. Oct. Mit dem gestrigen Tage hat der hiesige Landrath Herr Graf von Rittberg definitiv sein seit 32 Jahren verwaltetes Amt niedergelegt, um den Rest seiner Tage am hiesigen Orte im Ruhestand zu verleben. In seinem an die Kreisangehörigen erlassenen Abschied sagte der Herr Graf unter Andern: „Wenn uns auch zuweilen Meinungsverschiedenheiten hin und wieder getrennt — so fanden wir doch stets den festen und sichern Vereinigungspunkt in der Liebe und Treue zu unserm König und Vaterlande, die sich stets zum Wohle des Reiches und zu allem Guten und Edlen äußerte.“ Die Achtung und das Vertrauen der Kreisangehörigen wird dem Herrn Grafen v. Rittberg sicher nachfolgen.

Memel, 30. Sept. Die im kurischen Haff bei Schwarzort bestehende Bernstein-Fischerei hat in dem verfloffenen Sommer immer größere Dimensionen gewonnen. Die hiesige Firma Becker und Stantien leitet das großartige Geschäft mit vieler Umsicht und hat jetzt durch Afindung der übrigen Interessenten der ursprünglich zusammengetretenen Compagnie den mit den Staatsbehörden bis zum 1. Januar 1865 abgeschlossenen Contract für ihre eigene Rechnung von jetzt übernommen. Es wird Tag und Nacht, wenn die Witterung es gestattet, mit 12 Baggern gearbeitet, darunter sind zwei Dampfbagger, welche ca. 300 Menschen beschäftigen. Nur zuverlässige und kräftige Menschen können zu dieser beschwerlichen Arbeit gebraucht werden, die einen Tagelohn von 22½ Sgr. erhalten. Die aus ihnen gebildeten einzelnen Abtheilungen stehen unter besonderen Aufsicht, von denen jeder täglich 1 Thlr. 5 Sgr. erhält. An den Staat wird für jeden vollen Arbeitstag von 24 Stunden vorläufig eine Abgabe von 25 Thln. gezahlt. Interessant ist es, daß auch von Menschenhand bearbeitete Bernsteinstücke, unter andern auch Götzenbilder, in dem Bette des Haffes gefunden werden, was darauf hindeutet, daß im frühesten Alterthume das jetzige Bett des kurischen Haffes mit dem Festlande zusammengehangen und bewohnt war.

Bromberg. Es geht uns die interessante Mittheilung zu, daß seit gestern Abend sich der Reihstand unserer benachbarten Forsten um einen großen und wohlgenährten alten Reibock vermehrt hat. Unser neuer Landmann traf nämlich gestern in einem Käfig per Bahn hier ein und war auf seinem Transport in die Stadt, wo ihn die Schlachtabank erwartete, so glücklich, seine Freiheit und mit ihr das Leben zu retten. Er zog die angenehme Promenade der Danziger Chaussee den anderen Straßen vor und erreichte im schnellsten Laufe den Forst. (Bromb. Ztg.)

Stadt-Theater.

Die Wiener Fosse: „Einen Jux will er sich machen“ von Nestroff, welche gestern im Stadt-Theater gegeben wurde, gehört zu den bessern Erzeugnissen ihres Genres und erhält sich demnach auch noch immer auf dem Repertoire. Was den Witz in ihr anbelangt; so ist derselbe allerdings nicht sehr spitz, sondern zuweilen recht stumpf; aber der Humor, mit welchem sie ihr Verfasser ausgestattet, ist ein recht gesunder und gemüthlicher. Dieser guten Eigenschaft verdankt sie denn auch hauptsächlich ihre Erfolge. Die ihr gestern hier zu Theil gewordene Darstellung ließ dieselbe wirkungsvoll hervortreten und versetzte das Auditorium in heitere Stimmung. Herr Doh, der den Hausknecht Melchior gab, erhielt in dieser Rolle wieder und zwar mit vollem Recht den Beifall des Publikums, indem er sich besonders auf die humoristische Seite legte. — Recht wirkungsvoll wurde auch von Herrn Ham in der Handlungsdienere Weinberl gegeben, gleichwie alle anderen Rollen, welche in dem Organismus des ganzen Bühnenwerkes ein nothwendiges Glied bilden, wacker durchgeführt wurden, und sprechen wir außer den schon genannten Mitwirkenden noch dem Damen Fr. Alexander, Fr. Werner, Frau Weber und Frau Hochheimer nebst den Herren Heygen, Schäffer und Handrich unsere Anerkennung aus.

